



Kahlschlag in Eggenberg



Soll rund um das Schloß Eggenberg alles verbaut werden?

silva ph0to-art

Neuer Alarm für die Weltkulturerbestadt Graz: Die unmittelbare Umgebung des Schlosses Eggenberg könnte sich in dramatischer Weise verändern. Schon jetzt hat man zahlreiche Bäume gefällt. Die Angst vor einer Verbauung ist groß. Dadurch könnte auch der Gesamtcharakter des Ensembles leiden.

Siehe Seite 3



Helfen statt reden.
kaltenegger
KPO

Da weiß man, was man wählt.

volkshaus
fest 3.9. 2005

Wir laden unsere Leserinnen
und Leser ein:

Volkshausfest,
Samstag, 3. September 2005
ab 15.00 Uhr

Volkshaus, Lagergasse 98a, Graz



MEINUNG

Von
KPÖ-Wohnungsstadtrat
Ernst Kaltenegger

Wem gehört die Stadt?

Die Zeiten des engagierten Altstadtschutzes dürften spätestens seit dem Abbruch des Kommod-Hauses endgültig vorbei sein. Die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker zuckt höchstens bedauernd die Schultern, wenn wieder einmal Bagger oder Motorsäge über den Denkmalschutz triumphieren. Der Ausreden für Untätigkeit reichen von Gesetzeslücken bis hin zum fehlenden Geld für die Erhaltung historischer Bausubstanz.

Die Liste von schweren Eingriffen in jene Bereiche, die den Reiz der (Garten)Stadt Graz ausmachen, wird immer länger. So sind zum Beispiel wertvolle Häuser mit prächtigen Gärten im Bereich der Schubertstraße hinter Neubauten verschwunden; in der Elisabethstraße soll unter dem Titel Zubau zum Palais Lazarini ein neues Haus entstehen und einen nicht geringen Teil der alten Parkanlage zum Verschwinden bringen; in der Schützenhofgasse wartet offensichtlich auch schon die Spitzhacke auf in weiteres historisches Bauwerk; das Haus Sackstraße 28-30 scheint ebenfalls gefährdet. Auch aus Eggenberg kommen Alarm-signale: In unmittelbarer Nähe des zu Recht als Juwel geschätzten Schlosses und des Parks wurden im großen Stil Bäume gefällt. Es wird eine Verbauung befürchtet, die eine Beeinträchtigung des historischen Charakters des Schlosses Eggenberg nach sich ziehen könnte.

Ein Name taucht bei nicht wenigen dieser Fälle immer wieder auf: Dr. Reinhard Hohenberg. Egal, ob er mit seiner Firma Wegraz in eigener Sache aktiv ist, oder ob er als Rechtsanwalt finanzkräftige Baulöwen vertritt, der Denkmalschutz bleibt nicht selten auf der Strecke. Man hat manchmal das Gefühl, als würde Herrn Dr. Hohenberg die Stadt allein gehören. Wenn nicht endlich klare Grenzen gezogen und die Schlupflöcher in den entsprechenden Gesetzen geschlossen werden, kann es leicht sein, dass noch mehr historische Bauten unwiederbringlich verloren gehen. Mit Ausreden seitens der Politik muss es ein Ende haben. Es ist bereits fünf nach zwölf!



Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91
mail: stadtrat.kaltenegger@stadt.graz.at

Neuer Arbeitslosenrekord in Graz

Mitten im Hochsommer waren in der Steiermark mehr Menschen arbeitslos gemeldet als Leoben, die zweitgrößte Stadt unseres Bundeslandes, EinwohnerInnen hat. Das stellte Stadtrat Ernest Kaltenegger (KPÖ) nach Bekanntwerden der neuesten Arbeitsmarktdaten fest.

In der Steiermark wurden demnach Ende Juli 28.948 Arbeitssuchende registriert, um 2.334 oder 8,8 % mehr als vor einem Jahr. Dazu kommen noch 5.422 Arbeitslose, die sich in Schulungsmaßnahmen befinden.

10.927 Arbeitslose waren in Graz gemeldet, um 1000 mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenrate ist in der Landeshauptstadt auf 6,9% gestiegen. Voriges Jahr lag sie bei 6,4%. Graz hat damit die höchste Arbeitslosenrate. Im steirischen Durchschnitt liegt die Arbeitslosenrate bei 5,9%.

Kaltenegger: „Wir brauchen in der Steiermark eine wirksame Sozialpolitik, welche die Arbeitslosigkeit nicht als Schicksal hinnimmt. Die bisherige Event-

politik schafft keine dauerhafte Beschäftigung.“

Der KPÖ-Politiker erneuerte in diesem Zusammenhang die Forderung nach einem steirischen Sozialpass für Menschen mit ge-



silva photo-art

ringem Einkommen. Er soll dieser Personengruppe den kostenlosen bzw. stark ermäßigten Zugang zu Bädern, aber auch Theatern und Museen ermöglichen.

Politiker müssen Spargesinnung vorleben Kaltenegger zur Diskussion um Politikerbüros

Zur aktuellen Diskussion über die Ausgaben für die Büros von Spitzenpolitikern in der Steiermark stellt der Grazer KPÖ-Stadtrat Ernest Kaltenegger Folgendes fest:

„Wie schon im Zusammenhang mit den Förderungen für Herberstein zeigt sich, dass manche Politiker mit ähnlichen Allüren agieren wie der seinerzeit herrschende Adel. Sie orientieren sich auch am Lebensstil von

Spitzenmanagern. Wer von der Bevölkerung eine Spargesinnung einfordert, müsste sich in seinem eigenen Umfeld mit finanziellen Ausgaben eigentlich sehr zurückhalten. Das gilt in besonderem Maße für die Landeshauptstadt Graz.“

Die Grazer KPÖ hat die Ausgaben für das Büro von Bürgermeister Nagl im Gemeinderat mehrmals zur Sprache gebracht und kritisiert.

Das kosten die neuen Politikerbüros (aus Steuergeldern)

Büro Voves: 229.000 Euro
Bürgermeisteramt Graz und Büro Nagl: 223.000 Euro

Kahlschlag beim Schloss Eggenberg

Der Wald hinter dem Schloss Eggenberg wurde gerodet, obwohl oder vielleicht gerade weil in zweiter Instanz noch nicht entschieden wurde, ob es sich dabei um einen Wald handelt oder nicht. Zur Zeit läuft ein Verfahren bei der UNESCO, das Schloss Eggenberg ins Weltkulturerbe aufzunehmen, und gleichzeitig wird die einzigartige Kulisse, die zum Barockschloss dazugehört, einfach entfernt.

Für einen Passanten wäre die Antwort auf die Frage „Wald oder nicht Wald“ sehr schnell und einfach ausgefallen. Die Landesbehörde benötigt dafür mehrere Jahre, so lange bis endlich kein Baum mehr steht.

Dieser Fall erinnert einmal mehr an die Vorgehensweise beim Kommod-Haus im Jahr 2003. Trotz Denkmalschutz wurde zuerst einmal schnell abgerissen, um Tatsachen zu schaffen. Und tatsächlich handelt es sich wieder um die selbe Firma und den selben Rechtsanwalt: den Rechtsanwalt Dr. Reinhard Hohenberg und seine Firma WEGRAZ!

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Seminar, das im April 2004 in Graz stattgefunden hat. Zum Thema „Definition und Qualität von Bauplätzen“ referierte u.a. ein gewisser Herr Dr. Reinhard Hohenberg (Rechtsanwalt). In der Einladung heißt es da: „Mit diesem Seminar soll der Sachverständige als Berater von Institutionen, Bauherren bzw. Investoren auf die Definition und Qualität von Bauplätzen hingewiesen werden, sowie die erforderlichen Informationen erhalten, welche Maßnahmen im Zuge der gutachterlichen Tätigkeit notwendig sind, um ein fehlerfreies und vollständiges Gutachten für den

Auftraggeber erstellen zu können.“

Bedenkt man, dass hier ein Vortragender die Sachverständigen darüber unterweist, wie ein „fehlerfreies und vollständiges Gutachten für den Auftraggeber“ zu erstellen ist, und auf der anderen Seite eben dieser Vortragende der Auftraggeber selbst ist, dann erscheinen gewisse Gutachten in einem ganz anderen, einem sehr schalen Licht.

Für die Beantwortung der Fragen „Wald oder nicht Wald?“ bzw. „Denkmalschutz oder Neubau?“ entscheiden die Regierenden vielfach auf Ratschlag dieser Sachverständigen. Was die Bevölkerung will, wird nicht gefragt!



Neue Kundschaft hat die WEGRAZ von Dr. Hohenberg bei ihrem Haus Kärntnerstraße 1 bekommen. Die SPÖ wirbt großflächig ausgerechnet auf dem Haus, das vor einiger Zeit mit fragwürdigen Methoden „Mieterfrei“ gemacht wurde.

Extrageld für Regierungsparteien

Die Förderungen für parteinahe Vereine im Land Steiermark haben Schlagzeilen gemacht.

Geld, das im Landesbudget zwar vorgesehen war, aber nicht ausgegeben wurde, wird für Förderungen verwendet. Es handelt sich um die so genannten „Verstärkungsmittel“ – für Notfälle: Wenn ein außergewöhnliches Ereignis eintritt, für das Geld gebraucht wird, das aus dem normalen Budget nicht aufgebracht werden kann, „verstärkt“ die Finanzlandsrätin das Budget.

Verstärkungsmittel hat man bisher z.B. für Hilfsprojekte nach dem Tsunami ausgegeben, für die Übernahme der Kosten, wenn Patienten aus dem Irak in steirischen Krankenhäusern behandelt wurden, aber auch für den GAK, der nach dem Meistertitel eine Prämie vom Land bekam.

Wenn am Ende des Jahres Geld übrig bleibt, wird es aufgeteilt – und zwar unter den Regierungs-

fraktionen je nach ihrer Stärke. 2004 bekamen die fünf ÖVP-Ressorts insgesamt drei Millionen Euro, die Sozialdemokraten 1,5 und FPÖ-Chef Leopold Schöggel eine halbe Million Euro.

Niemandem ist es eingefallen, diese Mittel nicht anzutasten und auf diese Weise das Defizit des Landes zu vermindern.

Landeshauptfrau Waltraud Klasnic (ÖVP) unterstützte den Josef-Krainer-Hilfsfonds – eine parteinahe Organisation. Ihr

Stellvertreter Franz Voves (SPÖ) stellte dem Alfred-Schachner-Gedächtnisfonds Mittel zur Verfügung – ebenfalls eine parteinahe Einrichtung. Leopold Schöggel unterstützte mit übrig gebliebenem Geld Musikkapellen. Der ORF-Steiermark in einer Nachrichtensendung: am 11. August: „Ohne Wissen der anderen kann übrigens keine Fraktion einen Verein fördern. Alle Förderungen müssen von der Landesregierung beschlossen werden.“

Geben statt nehmen.
kaltenegger
KPO

Da weiß man, was man wählt.



Kombilohn ist ein Arbeitsplatzschwindel



Kommentar von Peter Scherz, Arbeiterkammerrat des GLB

Der sogenannte Kombilohn ist nichts anderes als ein Arbeitsplatzschwindel. Damit wird kein einziger neuer und qualifizierter Arbeitsplatz geschaffen. Statt dessen kommt es zu einer grenzenlosen Lohnsubvention auch für florierende Betriebe. Normalarbeitsplätze werden durch subventionierte Billigjobs verdrängt.

Für die Arbeitslosen, die auf diese Weise eingestellt werden, fällt der Berufsschutz weg. Das Unternehmen kann bei einem Kombilohnmodell aber verstärkten Druck auf die Normalbelegschaft in Richtung Lohnsenkung und Arbeitsplatzabbau ausüben.

Die Wirtschaftskammer jubelt über diesen Vorschlag, weil dadurch offiziell ein Niedriglohnsektor in Österreich eingeführt würde. Die Arbeiter würden dadurch noch weiter in die Sklavenrolle gedrängt werden. Unternehmer und Politiker, die im Interesse der Konzerne agieren, wollen aber von den kleinen Leuten gewählt werden. Deshalb verschleiern sie den harten Kern dieses Vorschlages und reden ihn schön. Dieser Kombilohn muss von den Steuerzahlern bezahlt werden.

Statt dessen ist es notwendig, mehr Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung zu stellen. Der ÖGB ist aufgefordert, stärkeren Druck als bisher in diese Richtung zu machen.

Schiff Ahoi auf der Tändelwiese!

Reger Zulauf bei der Eröffnung des neuen Spielplatzes

Stadträtin Wilfriede Monogioudis eröffnete am 22. Juli gemeinsam mit den Arbeitern der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz inmitten vieler Kinder den neuen Wasserspielplatz Auf der Tändelwiese (Triestersiedlung) und bestand dabei auch die „Wasserprobe“ im neuen Planschbecken.

„Auf Floß geht’s los“

Auf einem Floß können die kleinen AbenteurerInnen ab sofort ihre Reise starten, auf einem „Wackelboot“ ihre Seetüchtigkeit erproben, in der Strömungsrinne

vielleicht einen Wasserstau verursachen und sich im Planschbecken oder unter der Dusche erfrischen. Daneben warten noch ein Delfin, ein Feuersalamander, ein Fischbrunnen und eine richtige Piratenkiste auf die erste Feuerprobe.

Kinder durften mitbestimmen

Dutzende Kinder, die zur Eröffnung gekommen waren, bewiesen, dass sie dem alten „Schwammerlbecken“ keine Träne mehr nachweinen. Das alte Becken, das seit den 60er Jahren im Einsatz



Der neue Wasserspielplatz Auf der Tändelwiese / Dr. Hans-Spitzy-Platz

KPÖ-Stadträtin Wilfriede Monogioudis: Engagement für Wasserspielplatz



gewesen war, hatte ausgedient und musste abgerissen werden.

Wirtschaftsbetriebe haben sich ausgezeichnet

Die Mitarbeiter der Wirtschaftsbetriebe hatten sich besonders ins Zeug gelegt, um entsprechenden Ersatz zu schaffen. In bewährter Weise wurden zuvor die Wünsche und Bedürfnisse der künftigen Spielplatz-BenutzerInnen erhoben. Die Ergebnisse der Befragung, die vom IKM Familienkompetenzzentrum Steiermark durchgeführt wurde, flossen direkt in die Gestaltung des Spielplatzes ein. Auf die Umsetzung können die Wirtschaftsbetriebe zu Recht stolz sein. Nunmehr heißt es also: Schiff ahoi Auf der Tändelwiese

Die Attraktionen des neuen Wasserspielplatzes: Planschbecken, Wackelboot, Strömungsrinne, Wassertrog, Rückzugsnische, Trinkbrunnen, Zwergenhaus, Delfin-Wippe, Feuersalamander; Fischbrunnen, Piratenkiste, Floß.

Eggenberger Bad in Gefahr

Schon beim Kampf um den Erhalt des Sturmplatzes zeigte Stadtrat Riedler wenig Sportgesinnung.

Nur durch gemeinsame Aktionen unserer Gemeinderäte und der Bevölkerung (Bürgerinitiative) konnte der Weiterbestand der GRUABN erreicht werden. Riedler musste sich einem mehrheitlichen Gemeinderatsbeschluss beugen. So hat der Grazer Sportclub und die Sturm-Jugend eine neue Heimstätte.

In Bezug auf die längst fällige Sanierung des Eggenberger Bades ist die Haltung des Finanzstadtrates wieder gegen die Interessen der Bevölkerung, der Sportvereine und der Spitzensportler gerichtet.

Beim unseligen Verkauf der

Energiebereiche der Stadtwerke wurde die Verwendung eines Teils des Verkaufserlöses zur Sanierung des Bades versprochen.

Eindeutige Gemeinderatsbeschlüsse, Pläne und Projekte zur Sanierung des Bades liegen wieder in der Schublade und alle Versprechungen scheinen vergessen.

KPÖ-Gemeinderat Sepp Schmalhardt: „Ich verlange daher die Einberufung eines Bädertreffens unter Beteiligung der Politik, der Grazer Stadtwerke, der Sportvereine und der Bevölkerung.“

Mit der Politik gegen die Menschen dieser Stadt muss end-

gültig Schluss sein, schaffen wir Plätze, die auch tatsächlich von der Grazer Bevölkerung genutzt werden!“

Rat und Hilfe

Mieterschutzverband Steiermark
Sparbersbachgasse 61

Tel. 38 48 30
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!
Öffnungszeiten:
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at

Hingehen und abstimmen!
JA zur Volksschule Ries!

Volksschule Ries: Volksbefragung für Bezirk Ries am 11. September

Zwei Weltkriege hat sie überstanden, die Schule auf der Ries. Selbst in den schwierigen Nachkriegszeiten stand ihre Schließung niemals zur Debatte. Es bedurfte eines „jungen, dynamischen“ Bürgermeister, um ihr Ende zu besiegeln. Können wir uns heute im Gegensatz zu damals die Schule auf der Ries wirklich nicht mehr leisten?

Die finanzielle Lage der Stadt Graz ist nicht rosig. Doch solange genug Geld für neue Dienstautos, für ein Bürgermeisterbüro um 223.000 Euro und zahlreiche verzichtbare Dinge, vorhanden ist, kann der Fortbestand einer Schule nicht am vergleichsweise lächerlichen Betrag von 90.000 Euro scheitern. Allein mit dem Geld, das Siegfried Nagl und Franz Voves in die Renovierung ihrer Büros gesteckt haben, hätte der

kurzem mit einer modernen Heizanlage ausgestattet wurde und in der Eltern in Eigeninitiative dank großzügiger Sponsoren für die notwendige Isolierung eines in einem Zubau untergebrachten Klassenraumes gesorgt haben. Eine Schule, die mit all ihren Kontakten und Aktivitäten im Zentrum eines sozialen Netzes in einem an Infrastruktur und Sozialeinrichtungen armen Bezirkes steht.

All das zählt nicht, wenn die Stadt Graz den Rotstift da ansetzt, wo sie den geringsten Widerstand erwartet. Obwohl uns Politiker täglich erklären, dass mehr in Bildung investiert werden müsse, soll nun nach Willen der Grazer Stadtväter die einzige Schule im Bezirk Ries geschlossen werden. Statt, wie es die Eltern vorgeschlagen haben, durch zusätzliche Aktivitäten eine Art Bezirkszentrum zu schaffen, wird damit das letzte öffentliche Gebäude des Bezirkes zur Deckung von Budgetlöchern verschербelt und damit eine große Chance vertan. Bedauerlich ist, dass auch die Landespolitiker dabei mitspielen. Da eine Schulschließung nicht ohne Zustimmung des Landes möglich ist, kann sich auch die steirische ÖVP hier nicht aus der Verantwortung stehlen.

Ja zur Volksschule Ries

Müssen wir das wirklich alles einfach so hinnehmen? Die betroffenen Kinder und Eltern wollen weiter um ihre Schule kämpfen und hoffen auf eine rege Beteiligung bei der Volksbefragung zum Erhalt der Volksschule Ries am 11. September. Wenn Sie oder Ihre Kinder in die Riesschule gegangen sind, wenn Sie Freunde,



Verwandte, Bekannte haben, deren Sprösslinge die Schule auf der Ries besuchen, oder wenn Sie ganz einfach der Meinung sind, dass hier am falschen Platz gespart wird und der Bezirk Ries nicht noch weiter veröden darf, dann gehen Sie zur Volksbefragung!

Noch ist es nicht zu spät

Der Schulbetrieb läuft zumindest noch ein Jahr und noch ist keine Entscheidung darüber gefallen, was danach mit dem Gebäude geschehen soll. Damit der Gemeinderat seinen Beschluss revidiert und den Weiterbestand der Schule beschließt, bedarf es allerdings eines kräftigen Anstoßes. Sympathieerklärungen im

stillen Kämmerchen sind leider zu wenig. Das einzige, was die Stadtregierung zu beeindrucken vermag, sind möglichst viele Stimmzettel in den Wahlurnen. Nur wenn die Bewohner unseres Bezirkes möglichst zahlreich von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen und damit zum Ausdruck bringen, dass sie es für nicht zumutbar halten, dass Ries dann als einziger der Grazer Bezirke keine Schule mehr hätte, haben wir noch eine Chance. Helfen Sie mit, das Volksbegehren zu einem Erfolg zu machen, der unsere Stadtväter zum Überdenken des Schließungsbeschlusses zwingt!

Die Eltern und Kinder der Volksschule Ries



Betrieb der Schule für mehrere Jahre gesichert werden können.

Viel mehr als an Geld mangelt es an politischem Willen. Der neoliberale Zeitgeist bringt es mit sich, dass sich die Schwerpunkte verschoben haben. Soziale Einrichtungen, Gesundheit und Kinder sind auf der Prioritätenliste weit nach hinten gerutscht.

Volksschule Ries: Konstante Schülerzahlen

Während anderswo die Schülerzahlen zurückgehen, ist die Zahl der Schüler in der VS Ries seit Jahren weitgehend konstant. Auch für das nächste Schuljahr hätte es genug Anmeldungen für eine erste Klasse gegeben. Die meisten dieser Kinder hätten die Schule zu Fuß erreichen können und eine bestens funktionierende Kleinschule vorgefunden, die keinen PISA-Vergleich zu scheuen braucht. Eine Schule, die erst vor

VOLKSBEFRAGUNG NUR IN RIES

Am 7. Juli 2005 hat der Gemeinderat der Durchführung einer Volksbefragung im Bezirk Ries zugestimmt. **Am Sonntag, 11. September**, wird den BewohnerInnen des zehnten Grazer Bezirkes die Frage „**Sind Sie dafür, dass die einzige Volksschule im 10. Grazer Stadtbezirk, die Volksschule Graz-Ries, langfristig erhalten bleibt?**“ gestellt.

Wer am 11. September etwa auf Grund von Krankheit oder Alter das vorgesehene Befragungsort nicht aufsuchen kann, hat die Möglichkeit, sich eine Stimmkarte ausstellen zu lassen. Der Antrag ist bis spätestens Donnerstag, 8. September 2005, 13 Uhr, an das BürgerInnenamt, Amtshaus, 8010 Graz, Schmiedgasse 26, 3. Stock, Zimmer 357, zu stellen. Auch schriftlich gestellte Anträge (per Fax 872-51 99) müssen bis 8. September im BürgerInnenamt eingelangt sein. Beim mündlichen Antrag (Montag bis Freitag, 7 bis 13 Uhr) ist die Identität durch Pass, Führerschein oder Personalausweis nachzuweisen. Die Ausübung des Stimmrechts ist auch mit Stimmkarte nur am 11. September innerhalb der Befragungszeit (7 - 16 Uhr) und im Bezirk Ries möglich.

Lästig ist nicht lustig – Straßenkeiler machen Passanten das Leben schwer

Sommer ist Hochsaison für Spenden-Sammler, im Volksmund „Straßenkeiler“ genannt. Ein Gang durch die Herrengasse oder das Bahnhofsviertel wird zum Spießrutenlauf, will man nicht den Promotern verschiedener Organisationen – von Vier Pfoten über Amnesty International bis zu Pro Juventute – in die Arme laufen.

Seit etwa 10 Jahren wird die Praxis, auf der Straße „Mitglieder“ zu werben, in Österreich angewandt, die Zahl der Straßenwerber nimmt jährlich zu. Ziel der Organisationen ist es jedoch nicht, einmalige Spenden zu erwirken, sondern Personen für eine Mitgliedschaft zu „gewinnen“, und so mit Daten und Kontonummer über Jahre Beiträge zu kassieren. Wer einmal seine Unterschrift unter einen Dauerauftrag geleistet hat, storniert so schnell nicht wieder, das ist der Hintergedanke. Die Beträge werden alljährlich vom Konto abgebucht, und bis man sich überwindet, endlich zu stornieren, vergehen durchschnittlich sechs bis sieben Jahre.

Organisiert werden diese Fundraising-Aktionen von Agenturen, die ihrerseits ein Geschäft mit den Spendengeldern machen. Was wirklich bei den Wohltätig-

keits-Organisationen ankommt, ist nur ein geringer Teil dessen, was dem geworbenen Spender vom Konto abgebucht wird. Doch Amnesty International, Greenpeace und Co. sehen keine Alternative zur Spendenkeilerei auf Provisionsbasis.

Storno möglich?

Was aber, wenn der Spender erst zu Hause bemerkt, dass er sich – vielleicht durch Sonnenschein und Urlaubsstimmung – von einem Straßenkeiler hat überrumpeln lassen und das Spendengeschäft rückgängig machen will?

Dr. Herbert Puschl, AK-Konsumentenschützer, informiert: „Wird ein Verbraucher außerhalb eines Geschäftslokales angesprochen und unterschreibt daraufhin einen Vertrag, so kann er gemäß Konsumentenschutzgesetz in-

nerhalb einer Woche von diesem Vertrag zurücktreten. Die Durchschrift, die dem Konsumenten ausgehändigt wird, muss in jedem Fall eine Rechtsbelehrung enthalten. Andernfalls hat der Konsument sogar ein Monat lang das Recht, das Rechtsgeschäft rückgängig zu machen.“

Die Ausübung des Rücktrittsrechts hat schriftlich zu erfolgen. Wer vom Straßen-Promoter die Zusicherung erhält, ein Anruf würde genügen, um den Auftrag zu stornieren, sollte sich nicht darauf verlassen.

Wer wirklich spenden will, dem sei geraten, dies von sich aus tun, direkt auf das Konto der Wohltätigkeits-Organisation. So muss nicht eine ganze Reihe von „Zwischenhändlern“ mitfinanziert werden, die Organisation profitiert so letztendlich am meisten.

Einmalige Spenden unerwünscht!



Gespräch mit Philip Kraker, „Fundraiser“

Was war dein Motiv, für Amnesty International auf der Straße zu werben? Ich suchte einen Ferialjob, fand ein Inserat in der Zeitung „Amnesty International sucht Werber“. Ich wurde von Talk2move beschäftigt. Die arbeiten für mehrere Organisationen, nämlich für AI, Greenpeace, Pro Juventute und Vier Pfoten.

Wie schauen die Verträge aus? Wir dürfen dazu nicht Verträge sagen. Wir nennen es „Mitmachblätter“. Wir schreiben Namen, Adresse, Kontonummer auf. Mindestens vier Euro im Monat sollen gespendet werden. Die Leute sollen für unbestimmte Zeit gewonnen werden. Wenn sie nicht mehr wollen, können sie einfach anrufen. Die Mitglieder werden über die Rechte belehrt.

Wie viele Verträge werden storniert? Ungefähr 60 % bleiben auf jeden Fall. Der Rest ist variabel.

Was verdient man bei dieser Arbeit? Das Fixum beträgt 30 Euro am Tag. Verpflegung ist selbst zu bezahlen, das Quartier wird gestellt. Die Höhe der Provision richtet sich nach Spendenhöhe, also wenn jemand 48 Euro im Jahr spendet, bekomme ich 11 Euro Provision, wenn jemand den Höchstbetrag, also 10 Euro pro Monat, spendet, bekomme ich 44 Euro.

Wieviel von dem Geld gelangt dorthin, wo es hinkommen soll? Na, ich hoffe, sehr viel.

Vor allem in der Sommersaison blüht das Straßen-Geschäft mit Spenden. Wir haben Passanten in der Herrengasse dazu befragt.



Sandra Janisch, Einzelhandelskauffrau: Ich arbeite hier im Zentrum. Ich empfinde die Spenden-Sammler als sehr lästig und unterschreibe keine solchen Verträge.



Herbert Hahn, Angestellter: Es passiert häufig, dass ich auf der Straße angesprochen werde. Es stört mich, weil ich weiß, es steckt immer Business dahinter. Ich zahle meine Steuern, und es interessiert mich nicht, wenn alle möglichen Organisationen mich anwerben wollen. Das Schlimme ist, dass

so geschickt geworben wird, dass vor allem junge, gutgläubige Leute zumindest einmal draufzahlen. Und dann ist man für alle Zeiten misstrauisch!



Michael Pfeiffer, Universitätsassistent: Ich bin schon oft angesprochen worden. Einmal habe ich abgeschlossen und einige Jahre Beiträge an Greenpeace gezahlt, aber weil ich überzeugt davon war.



Marie-Luise Weiss, Studentin: Ich bin auf der Straße schon hunderttausende Male angesprochen worden.

Wenn mir das passiert, sage ich immer, ich spende schon für missbrauchte Kinder, und dann lassen sie mich meistens in Ruhe. Das entspricht auch der Wahrheit, denn dazu habe ich mich vor drei Jahren überreden lassen. Den Vertrag kann ich jederzeit kündigen. Da habe ich keine Angst. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Straßenkeilerei nirgends so penetrant und lästig betrieben wird wie bei uns in Österreich.



Inge Illmayer, Kinderfrau Wenn ich etwas spenden will, dann kümmere ich mich schon selbst darum und brauche keinen, der mich dazu überredet.

Landtagswahl 2005 – spezial:



2. Oktober: Es gibt eine

www.kpoe-steiermark.at

Wahl: KPÖ – Ernest Kaltenegger wählen!

Viele Menschen wollen mit der Politik nichts mehr zu tun haben. Die Parteien leben in eigenen Welt. Man hat oft den Eindruck, dass viele Politiker ihr Amt nur als eine Gelegenheit betrachten, um viel Geld zu verdienen.

Sie befetzen sich gegenseitig. In den entscheidenden Fragen sind sie sich aber einig: Die arbeitenden Menschen sollen die Kosten tragen. In der Steiermark leben mehr Arbeiterinnen und Arbeiter als Großgrundbesitzer, es gibt bei uns mehr alleinerziehende Mütter als Fabrikbesitzer, mehr Arbeitslose als Börsenspekulanten.

Die Superreichen sind eine kleine Minderheit. Aber diese Minderheit bestimmt, was in der Steiermark geschieht.

Für viele Menschen

hat das Wählen deshalb seinen Sinn verloren. Die Politiker machen ohnehin, was ihnen die Wirtschaft und die EU vorschreiben. Dafür kassieren sie Spitzengehälter und Privilegien.

Das denken viele und gehen nicht wählen. Dadurch ändert sich aber erst recht nichts an den Verhältnissen.

Im Gegenteil: Die herrschenden Parteien können sich darüber freuen, dass diese kritischen Stimmen nicht zum Tragen kommen.

Am 2. Oktober gibt es aber eine Wahl:

Die KPÖ kandidiert mit dem Grazer Wohnungstadtrat Ernest Kaltenegger an der Spitze. Soziale Verantwortung ist für ihn kein Schlagwort. Das hat er in den vergangenen Jahren bewiesen. Kal-

tenegger: „Wir helfen, wo wir können und machen gleichzeitig Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit“.

Wichtig! Zur Wahl gehen!

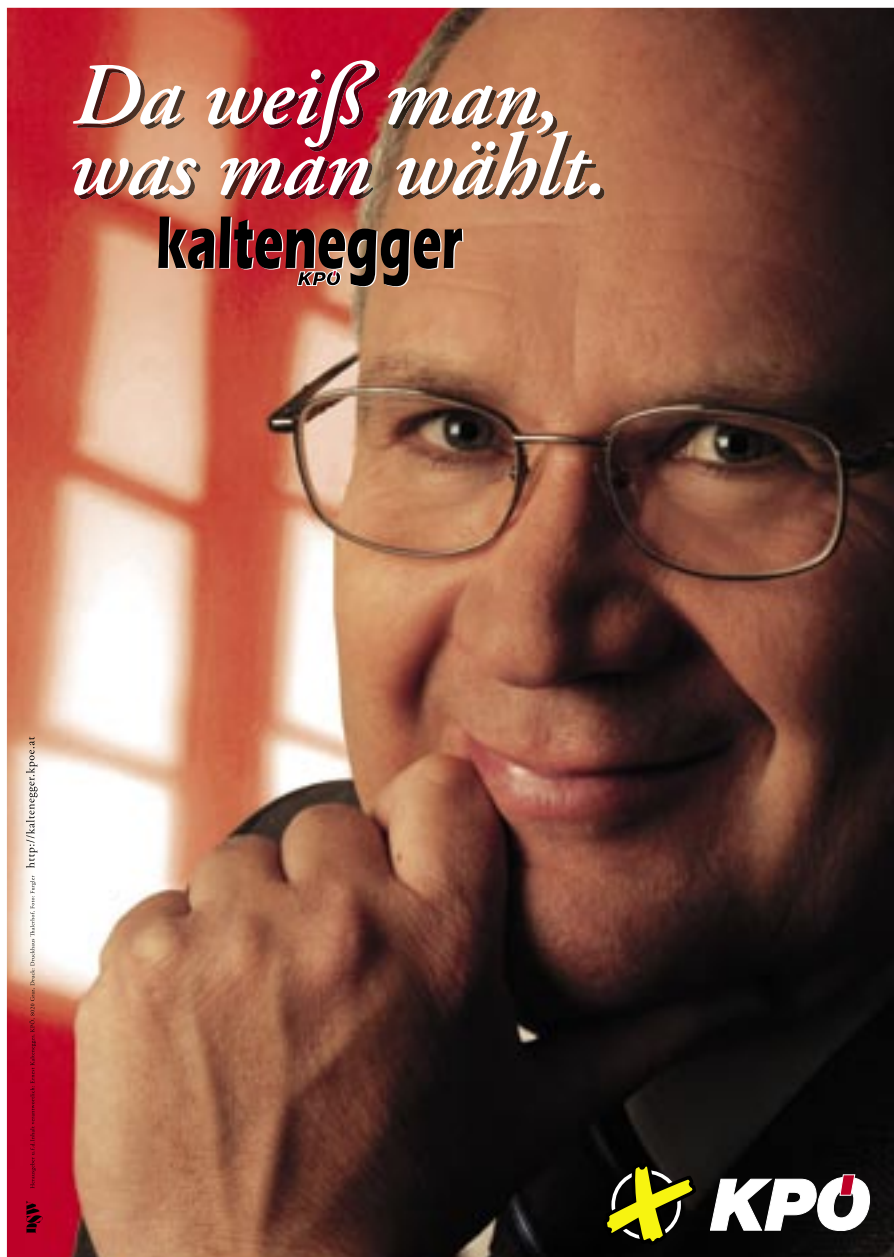
In diesen Tagen wird viel über Ernest Kalten-

egger geredet. Die Chancen der KPÖ auf den Ein-

Wer etwas für die große Mehrheit der Bevölkerung erreichen will, der muss der winzigen Minderheit der Reichen und der Superreichen etwas wegnehmen und die Macht des Kapitals zurückdrängen.

zug in den Landtag sind gegeben. Es wird sicher ganz knapp. Ein Erfolg kann aber nur dann verwirklicht werden, wenn alle Steirerinnen und Steirer, die meinen, dass Stadtrat Kaltenegger und die KPÖ gute Arbeit machen, auch wirklich zur Wahl gehen.

*Da weiß man,
was man wählt.*
kaltenegger
KPÖ



www.kpoe-steiermark.at

Wenn wir wirkliche Veränderungen in der Gesellschaft erreichen wollen, dann müssen wir gemeinsam handeln. Auf allen Ebenen. Deshalb hat es einen Sinn, diesmal die Liste KPÖ-Ernest Kaltenegger zu wählen.

kaltenegger
KPÖ

www.kpoe-steiermark.at
Helfen Sie mit! Buttons und Material unter Tel. 71 24 79



Landtagswahl 05: KPÖ – Ernest Kaltenegger wählt Eine ganz wichtige Stimme für unser

Sozialpolitik statt Eventpolitik

- Einführung eines steirischen Sozialpasses mit dem einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zu Sozialleistungen erleichtert wird und der auch zum ermäßigten Besuch von Kultur- und Sportveranstaltungen berechtigt.
- Abschaffung der Rückzahlungspflicht für Sozialhilfeempfänger.

Für sozialen Wohnbau

- Offensive zum Bau leistbarer Mietwohnungen. Um dies gewährleisten zu können, darf es zu keiner zweckfremden Verwendung der Wohnbauförderungsmittel kommen.
- Ziel einer sozialen Wohnbaupolitik sollten Wohnungen sein, die sich berufstätige Mieterinnen und Mieter auch ohne Wohnbeihilfe leisten können.
- Volle Einbeziehung der Betriebskosten in die Wohnbeihilfe. Rücknahme der seinerzeitigen Verschlechterungen bei der Wohnbeihilfe des Landes.

Sicherung von Arbeitsplätzen und Erhalt des öffentlichen Eigentums

- Der Privatisierung von öffentlichem Eigentum folgt sehr oft der Verlust von Arbeitsplätzen und eine Verschlechterung bei Dienstleistungen für die Bevölkerung. Außerdem bedeutet beispielsweise die Auslagerung von Immobilien und deren Rückmietung durch das Land eine Verschärfung der Probleme bei der Budgeterstellung.
- Um die Arbeitslosigkeit wirkungs-

voll zu bekämpfen, fordern wir auch die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der Aufgaben übernimmt, die weder von privater Seite noch vom öffentlichen Dienst ausreichend wahrgenommen werden – beispielsweise in den Bereichen Altenpflege, Umwelt und Kultur.

- Keine Privatisierung der KAGES
- Keine Privatisierung der Wasserversorgung.
- Schaffung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten in allen steirischen Regionen. Betriebe, die selbst keine



Ernest Kaltenegger
„Es besteht Bedarf an einer Arbeiterpartei im Landtag, die ausspricht, was die anderen verschweigen“.

Lehrlinge ausbilden, müssen gesetzlich dazu verpflichtet werden, in einen Fonds zur Finanzierung dieser Lehrwerkstätten einzuzahlen.

- Nutzung des Holzreichtums der Obersteiermark für industrielle Zwecke. Schaffung eines Leitbetriebes in öffentlichem Eigentum.

Für den Schutz der Grazer Altstadt.

- Novellierung des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes, um den Bestand

der historischen Gebäude zu sichern und eine willkürliche Vernichtung der Bausubstanz zu verhindern.

Bessere Kinderbetreuung

- Gesetzliche Verpflichtung für Handelsketten, Betriebskindergärten einzurichten. Flächendeckende Schaffung kostenloser Kinderbetreuungseinrichtungen und Schülerhorte.

Bildung

- Freier Hochschulzugang ohne Studiengebühren.
- Demokratische und autonome Universitäten statt Auslieferung des Bildungswesens an die Interessen der Konzerne.

Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit

- Abschaffung der Landesumlage für die Gemeinden.
- Öffentliche Dienstleistungen in öffentlichem Eigentum erhalten. Nein zur Bolkestein-Richtlinie der EU!

Abschaffung der Politikerprivilegien

- Schluss mit allen Politikerprivilegien! Koppelung der Politikerbezüge an ein noch zu schaffendes gesetzliches Mindesteinkommen (z.B. Euro 1.100 im Monat).
- Der höchste Politikerbezug (Bundespräsident, Bundeskanzler) darf das Zehnfache dieses Mindestlohnes nicht überschreiten.

Gesundheit

- Förderung von regionalen sozialmedizinischen Gesundheitszentren.
- Mehr Frauenärztinnen mit Kassenverträgen.
- Befreiung vom Selbstbehalt beim Spitalsbesuch, auch für mitversicherte Angehörige von Personen, die von der Rezeptgebühr befreit sind.

Kultur

- Kultur darf in der Steiermark nicht dem Tourismus untergeordnet werden. Für demokratischen Zugang zu Kunst und Kultur
- Unabhängige Kulturinitiativen in allen Bezirken sollen vom Land unterstützt werden.

Regionalplanung

- Frauen- und familiengerechte Regionalplanung (mehr Grünflächen in Wohnanlagen, Kinderspiel- und Sportplätze, Nahversorgungsnetz usw.)
- Maßnahmen gegen die weitere Zersiedelung des ländlichen Raums.
- Keine Genehmigung weiterer Einkaufszentren auf der grünen Wiese zu Lasten der Nahversorgung.

Verkehr

- Ausbau des öffentlichen Verkehrs statt neuer Autobahnen.
- S-Bahn-Verbindungen von Graz in die nahegelegenen Regionen.
- Finanzierung des Verkehrsverbundes durch eine Nahverkehrsabgabe der Unternehmer.
- Rasche Realisierung des Semmering-Basistunnels.

Die Steiermark hat sich eine bessere Zukunft verdient.

len! Land!



Offene Konten bei Kaltenegger-KPÖ

Der Grazer Wohnungsstadtrat Ernest Kaltenegger zeigt, dass es anders geht: „Helfen statt reden“ ist für ihn keine Losung, sondern gelebte Solidarität.

Das zeigt sich Jahr für Jahr beim Tag der offenen Konten.

Den Unterstützungsfonds von Stadtrat Ernest Kaltenegger gibt es seit 1998. Gespeist wird er durch den Verzicht auf 60 Prozent seines Politiker-einkommens. Seit 1998 hat Stadtrat Ernest Kaltenegger bis jetzt mehr als 320.000 Euro – in diesen Fond von seinem Gehalt fließen lassen. Die Grazer KPÖ-Stadträtin Wilfriede Monogioudis hat sich mit ihrem Amtsantritt im Jahr 2003 entschlossen, ebenfalls diesem Beispiel

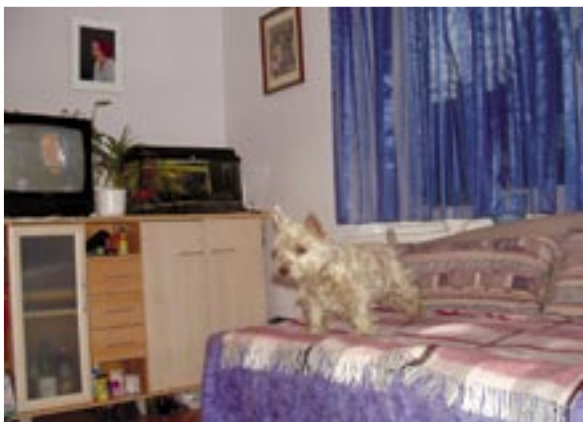
zu folgen. Seither hat auch sie Beiträge zur Unterstützung Bedürftiger geleistet sowie auch zahlreiche Projekte finanziell unterstützt.

Der Großteil der Spenden wird für Mietzahlungen, Unterstützung für Heizung und Strom sowie für Reparaturen ausgegeben. Insgesamt wurde 2004 das Budget des Unterstützungsfonds von € 64.368,91 für 363 Personen verwendet. Seit dem Gründungsjahr des Fonds 1998 ist bereits 1.800 Menschen geholfen worden.

Da weiß man, was man wählt.

kaltenegger

KPÖ



Die Kandidatinnen und Kandidaten der Liste KPÖ–Ernest Kaltenegger



1. Ernest Kaltenegger, Stadtrat, (geb. 1949), Graz



6. Mag. Eva Moazedi, Apothekerin, (geb. 1958), Graz



11. Christian Sikora, Exekutivbeamter, Personalvertreter in der Justizanstalt Graz-Karlau, (geb. 1963), Graz



2. Claudia Klimt-Weithaler, Kindergartenpädagogin, Leiterin Modellino (geb. 1971) Tobelbad



7. Peter Scherz, Werkzeugmacher, Betriebsrat Magna, Arbeiterkammerrat (geb. 1951), Kainbach



12. Mag. Michaela Ulrich, Taxifahrerin, (geb. 1972)



3. Dr. Gerhard Michael Dienes, Historiker, bisheriger Leiter des Grazer Stadtmuseums, (geb. 1953), Graz



8. Karin Gruber, Sprengelsozialarbeiterin im Sozialamt der Stadt Graz, (geb. 1960), Graz



13. Jakob Matscheko, Student, (geb. 1986), Kapfenberg



4. DI Dr. Birgit Kampl, EDV-Organisatorin, Betriebsrätin (geb. 1951) Fohnsdorf



9. Philipp Funovits, Student, Vorsitzender der Universitätsvertretung an der KFU Graz, (geb. 1978), Graz



14. Helga Kollant, Kindergartenpädagogin, ÖH-Kindergarten (geb. 1959) Graz



5. Ao. Univ.-Prof. Dr. Walter Kosmus, Universitätslehrer mit dem Fachschwerpunkt Analytische Chemie des Umweltschutzes, Uni Graz, Mitglied des Aufsichtsrates der Grazer Stadtwerke (geb. 1948) Graz



10. Mag. Natascha Anahita Lucojannakis, Bibliothekarin, freie Mitarbeiterin der feministischen Zeitschrift An.schläge (geb. 1974), Kalsdorf

15. Harald Nusser, Gastwirt, (geb. 1957), Graz

16. Anna Ulbl-Taschner, 1954, Dipl.-Sozialarbeiterin

17. Clemens Perteneder, 1976, Sozialpädagoge

18. Angela Kompöck-Poller, 1958, Vertragsbedienstete

19. Franz Stefan Parteder, 1947, Journalist



kaltenegger

KPÖ

Helpen statt reden. kaltenegger KPÖ

Da weiß man, was man wählt.



„Kindergeld“ für die Gemeinden!

Vor nicht allzu langer Zeit wurde die Forderung der KPÖ nach dem Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen bzw. Betriebskindergärten noch belächelt.

Mittlerweile haben sich die Zeiten geändert und niemand kann mehr an dem Problem vorbeisehen: Zu wenig Betreuungseinrichtungen, hohe Kosten und unflexible Öffnungszeiten, bereiten vor allem Frauen große Schwierigkeiten, wenn es um ihren beruflichen Wiedereinstieg nach der Geburt eines Kindes geht.

In der Stadt Graz sieht es besser aus als im Rest der Steiermark. Neue Einrichtungen werden

gebaut, die Eltern werden durch einkommensabhängige Beiträge finanziell unterstützt.

Leider ist das nicht in der ganzen Steiermark so! Laut Statistik Austria (2003) liegt zwar die Betreuungsquote bei den Fünfjährigen (Kindergartenkinder) bei 98,7%, bei den 3-5-jährigen sinkt sie jedoch schon auf 64% ab und bei den unter Dreijährigen (Krippenkinder) liegt sie gar nur noch bei 0,2%! Und das ist schlicht und einfach zu wenig.

In der Kinderkrippe, in der ich z.B. arbeite, hatten wir für das kommende Betriebsjahr 12 Plätze zu vergeben. Auf diese 12 Plätze kamen 62(!) Anmeldungen!

„Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ und somit auch „Kinderbetreuung“ scheinen beliebte Wahlkampfthemen zu sein. In Wahrheit aber ist es Aufgabe der PolitikerInnen sich darum zu kümmern. Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist immer wichtig und notwendig und vor allem nicht nur Frauensache!

Am 2. Oktober dieses Jahres sind Landtagswahlen. Die KPÖ Kaltenegger kandidiert und hofft



Claudia Klimt-Weithaler kandidiert bei der Landtagswahl am 2. Oktober am zweiten Listenplatz der Liste Kaltenegger-KPÖ

T-Shirts, Buttons, Werbematerialien



Auch die KPÖ-Ernest Kaltenegger hat ein bescheidenes Repertoire an Werbematerialien aufzuweisen. Wer den Wahlkampf der KPÖ unterstützen möchte kann kostenlos Flugblätter und Buttons (Vota Comunista; Fürchtet Euch nicht) bestellen.

Die T-Shirts mit dem Aufdruck „Vota Comunista“ (links) gibts in weiß, grau und schwarz in den Größen S / M / L / XL, sie kosten 8,50 Euro pro Stück).

T-Shirts mit dem KPÖ-Frauen Logo (rechts) gibt es ebenfalls.

Bestellungen: Tel. 0316/ 71 24 79 oder 0664 / 1209 700, Fax 0316 / 71 62 91 oder auf der Website www.kpoe-steiermark.at



auf einen Einzug in den Landtag. Sollten wir es schaffen, werden wir uns dafür einsetzen, dass es in den Gemeinden zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen kommt. Wir fordern die flächendeckende Schaffung von kostenlosen Einrichtungen für Kinder von 0 bis 14 Jahren. Das Land Steiermark könnte einen Teil seiner Bedarfszuweisungen an die Kommunen zweckgebunden, für die Schaffung von Betreuungsplätzen, vergeben. Sozusagen als „Kindergeld“ für die Gemeinden!

In der Steirischen Landespolitik braucht es endlich eine Partei, die sich für die Menschen einsetzt. Eine Partei, die Frauenpolitik ernst meint und alternative sozialpolitische Ideen einbringt.

Initiative Hausbriefkästen angelaufen Kaltenegger-KPÖ gegen EU-Vorschriften

Eine österreichweite Initiative macht derzeit gegen die Folgen des EU-konformen Umtausches der Hausbriefkästen mobil. Eine der Initiatorinnen ist Elfriede Awadalla (Schriftstellerin und Hausbesitzerin, bekannt als Gewinnerin der Millionenshow) aus Wien. Folgende KPÖ-Mandatarinnen und Mandatäre aus der Steiermark haben sich dieser Aktion angeschlossen:

Kahr Elke (Gemeinderatsklubobfrau Graz), Kaltenegger Ernst (Stadtrat Graz), Kampl Birgit (Betriebsrätin VAE Zeltweg), Murgg Werner (Stadtrat Leoben), Pacher Renate (Gemeinderätin Knittelfeld), Reiter Hubert (Postbediensteter und Gemeinderat Graz), Rosenblattl Franz (Gemeinderat Mürzzuschlag), Scherz Peter (Betriebsrat Steyr-Magna Graz, Arbeiterkammerrat Steiermark), Wieser Ernst (Gemeinderat Zeltweg).

Im Aufruf der Initiative heißt es:

Als Folge der EU-weiten Liberalisierung der Postdienste mit sehr negativen Auswirkungen für die meisten Postkunden sollen bis 2009 Hausbriefkästen



installiert werden, zu denen auch private Postdienste Zugang haben. In Österreich erfolgt dieser Austausch schon bis 1. Juli 2006. Die teilweise schon angelaufene Umtauschaktion führte bereits zu massiver Kritik und offener Ablehnung durch die Betroffenen. Es gibt kein Verständnis dafür, den bisherigen Standard des Briefgeheimnisses und Datenschutzes einer EU-Richtlinie zu opfern. Die Kosten – geschätzte 100 bis 170 Mio. Euro – für diese Umstellung sollen nicht die davon profitierenden privaten Postdienste, sondern die Hauseigentümer tragen. In Miethäusern werden diese Kosten allerdings – jedenfalls über den Umweg über die Verringerung der Mietzinsreserve – im Ergebnis von den MieterInnen zu tragen sein, bis zu 100 Euro pro Haushalt.

Wir fordern daher:

- Sofortiger Stopp der Umtauschaktion!
- Erhaltung des österreichischen Standards des Briefgeheimnisses und Datenschutzes bei Hausbriefkästen!



Foto: Christine Werner/ÖDA

Die österreichische Dialektautorin Elfriede Awadalla, auch bekannt als Gewinnerin in der Millionenshow, setzt sich gegen den Zwang zu neuen Briefkästen ein.

www.oeda.at

- Übernahme der Kosten nach dem Verursacherprinzip durch die privaten Postdienste!
- Missbrauchssichere Verständigung von Hinterlegungen!

Von der Umrüstung auf EU-Briefkästen ist auch die Stadt Graz betroffen. Der Kauf von 4.200 neuen Briefkästen bedeutet Zusatzkosten von 135.000 €.

Beteiligen Sie sich an der Aktion Hausbriefkästen. Informationen gibt es bei der KPÖ-Graz: Tel. 0316 / 71 24 79.

Unterstützungserklärungen sind auch im Internet möglich: <http://www.glbtiroel.info/script/eintragen/index.php>

El Awadalla meint:

Noch größere Stapel von Werbung drohen: Die EU will uns neue Postkastln vorschreiben. Bezahlen dürfen wir sie natürlich selber – bis zu hundert Euro pro Postkastl. Minister Gorbach (BZÖ, früher FPÖ) will diese EU-Richtlinie bis 1. Juli 2006 umsetzen.

Was bekommt man/frau für die 100 Euro? ein Postkastl, dessen Schlitz so breit ist (3 bis 3,5 cm), dass nicht nur alles hingelegt, sondern auch alles wieder herausgenommen werden kann, von wem auch immer.

Schon jetzt gibt es Beschwerden über die Post, die nur noch an ihren Aktienkurs und nicht mehr an die Kundschaft denkt. Wenn aus den neuen Postkastln Benachrichtigungen über RsA-Briefe fehlen, kann leicht einmal ein wichtiger Termin versäumt werden – wer wird schuld sein?

Die privaten Werbefirmen sollen auch eigene Haustorschlüssel bekommen, damit sie die Postkastln vollstopfen können. Folglich wächst das Altpapieraufkommen – und die Kosten für den Altpapiercontainer – das geht auf die Betriebskosten.

El Awadalla

Mehr Geld für die Frauenhäuser

Seit 1. April 2005 ist das Gewaltschutzgesetz in Kraft. Grundsätzlich ist positiv anzumerken, dass Leistungen der Frauenhäuser dadurch gesetzlich abgesichert sein sollen. Vorderhand überwiegen jedoch die negativen Folgewirkungen für die Frauenhäuser.

Die finanzielle Situation hat sich erheblich verschlechtert und Ursache dafür ist die neu eingeführte Tagsatzregelung, die viel zu niedrig angesetzt ist. Die Folgewirkungen sind Kündigungen und eine erhebliche Stundenreduktion, die z.B. dazu

führen, dass eine Besetzung rund um die Uhr nicht mehr zu gewährleisten ist. Dies erweist sich als großes Sicherheitsproblem und insgesamt können bewährte Qualitätsstandards der Frauenhäuser unter diesen Bedingungen nicht mehr aufrechterhalten werden.

Als direkter Eingriff in die inhaltliche Arbeit der Expertinnen der Frauenhäuser sind die Durchbrechung der in langjähriger Arbeit entwickelten Prinzipien der Vertraulichkeit, Anonymität und Autonomie zu sehen.

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer merkt dazu an: „Es ist strikt abzulehnen, dass misshandelte Frauen, die Hilfe und Unterstützung in den Frauenhäusern suchen, ihren Na-

men nennen müssen, den Namen des Misshandlers und in einer ohnehin sehr dramatischen Situation eine detaillierte Schilderung ihrer Gewalterfahrung abgeben müssen. Diese bürokratische Vorgangsweise verunsichert die Frauen noch zusätzlich“.

An der Kritik hat sich trotz Verhandlungen mit dem Land nichts geändert. Im Gegenteil, der Vorstand ist demonstrativ zurückgetreten.

Kühlschrankschrott: Wo bleiben die Zinsen?

Grundsätzlich begrüßt wird von der KPÖ, dass ab 16. August 2005 Kühlschrankschrott kostenlos

von den Abfallsammelstellen übernommen werden, weil damit die illegale Entsorgung von Haushaltsgeräten mit umweltgefährdenden Inhaltsstoffen eingedämmt wird: Dass die Rückzahlung der seit 1993 verkauften Kühlschrankschrott ohne die seither aufgelaufene Verzinsung der Gelder erfolgen soll, ist allerdings ein Betrug an den KonsumentInnen: Von 1993 bis 2005 wurden vom Umwelt-

forum Haushalt (UFH) – einem Zusammenschluss der Entsorgungsbetriebe – aus dem Verkauf von 3,9 Millionen Entsorgungsschrotten und Gutscheinen für die umweltgerechte Entsorgung von Altgeräten rund 59 Millionen Euro eingenommen, für die wiederum 16,6 Millionen Euro Zinsen aufgelaufen sind. Laut Arbeiterkammer müssten für ein 1993 gekauftes Schrott demnach 37 Euro Zinsen zurückerstattet werden. Aber offenbar sollen die Haushalte bei der Rückzahlung um die ihnen zustehenden Gelder umfallen.



silva phOto-art

Die Gruabn ist gerettet

Der Grazer Gemeinderat fasste in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause einen wichtigen Beschluss: Die Gruabn wird als Sportplatz erhalten. Damit sind vielfältige Anliegen von Erfolg gekrönt worden.

KPÖ-Gemeinderat Sepp Schmalhardt: „Die Rettung des Sturmplatzes war uns immer ein Anliegen und gemeinsam mit

den Bewohnern des Bezirkes und verschiedenen Initiativen mit Unterstützung unserer Gemeinderatsfraktion durchgesetzt werden.“

Ein mehrheitlicher Gemeinderatsbeschluss wurde mit den Stimmen der KPÖ gefasst.

So hat nicht nur der Grazer Sportclub eine neue Heimstätte sondern die Sturm Nachwuchsmanschaften werden wei-



Foto: Ulbl-Taschner

terhin in der Gruabn ihre Spiele absolvieren können.

Für Uni-Zweier

Die Grazer Karl Franzens Universität (KFU) bringt mit mehr als 20.000 Studierenden und dem Universitätspersonal jede Menge Verkehrsprobleme mit sich.

Der Bezirksrat von Geidorf hat daher in der Vergangenheit in diesen Zusammenhang die

Errichtung einer neuen Straßenbahnlinie – den sogenannten Uni 2er – gefordert. Um diesem Projekt überhaupt eine Realisierungschance zu ermöglichen, ist es notwendig, sofort mit der Planung dafür zu beginnen, so der Bezirksrat von Geidorf.

Die erforderlichen Trassen

für eine Straßenbahn sollen zeitgerecht gesichert werden, um diese Straßenbahn überhaupt errichten zu können. KPÖ-Gemeinderat Johann Slamnig stellte deshalb den Antrag, mit den Planungsarbeiten für die Straßenbahnlinie „Uni 2er“ zu beginnen.

Immer mehr Menschen sagen: Die EU kommt uns zu teuer!

Zehn Jahre nach dem EU-Beitritt Österreichs ziehen immer mehr Österreicher eine negative Bilanz über die Mitgliedschaft in der Union: 42 Prozent der hiesigen Bevölkerung halten den Entschluss zum Beitritt aus heutiger Sicht für falsch, hat eine Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) ergeben. Das ist der höchste Wert, den die ÖGfE seit Beginn der Erhebung dieser Frage 1997 festgestellt hat.

Nur eine knappe Mehrheit der Österreicher – 52 Prozent – sieht den EU-Beitritt im Nachhinein noch positiv. Die wenigsten Menschen sehen persönliche Vorteile durch den EU-Beitritt.

Inhaltlich sehen die meisten Österreicher eine zu starke Ausrichtung auf ökonomische Themen: 82 Prozent meinen, die EU konzentrierte sich zu stark auf die Wirtschaft – und zu wenig auf die sozialen Bedürfnisse der Menschen. 79 Prozent sind der Ansicht, die größeren Mitgliedstaaten verfolgten nur ihre eigenen Interessen.

Diese Umfrage zeigt, dass die harten Fakten stärker wirken als die tägliche Propaganda für die EU. Immer mehr Menschen machen für Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Aufrüstung, LKW-Transit und Privilegien das Europa der Konzerne verantwortlich.

Die EU kommt uns zu teuer.

mieterinnen **NOTRUF**

71 71 08

Die EU kommt uns zu teuer

- Privilegien
- Rüstung
- Sozialabbau

halfen statt reden **kaltenegger**
KPO

Unis werden in die Enge getrieben

Das Schmierentheater um die, als unvermeidlich hingestellte Einführung von Zugangsbeschränkungen ist ein weites Beispiel für die Strategie mit der die Universitäten in die Enge getrieben werden. Das Verfahren vor dem EuGH lief seit

des Verfassungsexperten Christian Brünner stammt aus einer im Auftrag des Bildungsministeriums (sic!) erstellten Studie, die bereits vor Monaten erschien. Die finanziell ausgehungerten Universitäten bekommen die Verantwortung für die



Jahren, eine Verurteilung Österreichs war spätestens im Frühjahr absehbar. Trotzdem hat man bis zur letzten Sekunde mit einer Novelle des Gesetzes gewartet. Dies geschah mit dem Ziel, die Einführung von Zugangsbeschränkungen als unvermeidbar erscheinen zu lassen. Hier werden die ÖsterreicherInnen vorsätzlich getäuscht, denn es hätte Alternativen gegeben. Der Lösungsvorschlag

Entwicklung der Verfahren und die Festlegung der Anzahl der Plätze umgehängt, und nutzen sie, um sich finanziell zu sanieren, indem sie in Zukunft nur einen Bruchteil der bisherigen Studierenden zulassen. Die in der Steiermark betroffenen Studienrichtungen sind Betriebswirtschaft, Psychologie, Pharmazie, und Biologie. Es ist für alle Beteiligten klar, dass der nächste Anschlag mit



Philipp Funovits, ehemaliger ÖH-Vorsitzender an der Grazer Uni ist KPÖ-Kandidat bei der Landtagswahl am 2. Oktober

Sicherheit in der Ausweitung der Zugangsbeschränkungen auf alle Fächer bestehen wird. Eltern steirischer MaturantInnen können, selbst wenn sie das dafür nötige Geld auftreiben, nicht sicher sein, dass ihr Kind in Graz ein Studium aufnehmen kann. Da die jetzt hastig eingeführten Aufnahmeverfahren kaum Aussagen über Studierfähigkeit der KandidatInnen zulassen, gleicht die Bewerbung um einen Studienplatz einem Lotteriespiel.

Schützenhofgasse 25/27 vom Abriss bedroht!

Das Haus Schützenhofgasse 25/27 ist vom Abriss bedroht! Dieses Objekt aus der frühen Gründerzeit ist für den städtebaulichen Charakter der Schützenhofgasse unverzichtbar. Vom Architekten Jakob Bullmann entworfen, wurde es 1870 fertiggestellt und ist somit sogar älter als die Herz-Jesu-Kirche.

Sowohl die Altstadt-Sachverständigenkom-

mission als auch zwei Bürgerinitiativen verlangen den Erhalt dieses architektonischen Zeitzeug-

nisses und den Schutz des historischen Ensembles. Auch die KPÖ unterstützt diese Forderung.



silva photo-art



Von Elke Kahr

Selten und Teuer: Der Badespaß in Graz



Foto: Stadt Graz/Pachernegg

In diesem verregneten Sommer waren die wenigen Badetage für viele Menschen eine besondere Kostbarkeit.

Die Preispolitik der Grazer Stadtwerke durch ihre Freizeitbetriebe führt aber mittlerweile dazu, dass für viele Familien mit Kindern ein Badetag in unseren städtischen Schwimmbädern bereits zum Luxus geworden ist. Die Eintrittspreise für Kinder, Jugendliche und Erwachsene liegen über jenen in anderen Landeshauptstädten. Auch die Familienkarten stellen keine wirkliche Vergünstigung dar. Vor allem zu kritisieren ist, dass das Tarifsystem keinen Unterschied zwischen Kindern und Jugendlichen kennt und sogar Kleinkinder bis 6 Jahre Eintritt zahlen müssen. Gratis kommen Kinder unter 6 Jahren nur hinein, wenn sie nicht länger als 2 Stunden bleiben. Neben den hohen Eintrittspreisen fallen auch Nebenkosten für ein Kästchen oder Preise für Erfrischungen ins Gewicht.

Auf Unverständnis ist aber auch die Errichtung des kostenpflichtigen Beachvolleyballplatzes im Margarethenbad gestoßen. So hat man dort mitten in der Saison den Kindern den bisher frei zu benützenden Spielplatz weggenommen. Das Margarethenbad ist aber sehr klein und bietet nur diese eine Spielfläche an. Die Preisgestaltung für die Benützung beträgt für den kleinen Platz für eine halbe Stunde 4 Euro und nach 16.00 Uhr 5 Euro. Der große Platz kommt für eine halbe Stunde Benützung auf 9 Euro und nach 16.00 Uhr auf 10 Euro.

Nicht nur, dass den Kindern jetzt eine freie Spielfläche weggenommen wurde, stellt die derzeitige Preisgestaltung für die Benützung des Beachvolleyballplatzes für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwächeren Familien eine unüberbrückbare Hürde dar.

Für Familien mit Kindern und für Jugendliche, die über die Sommermonate nicht das Glück haben, sich einen Urlaub leisten zu können, stellen die Grazer Schwimmbäder das einzige Angebot für einen Badespaß dar. Bei der derzeit geltenden Preispolitik nimmt man ihnen aber auch noch diese Möglichkeit.

Wir haben im Gemeinderat mit einer Anfrage versucht, hier ein Umdenken einzuleiten.

Es bleibt nur zu hoffen, dass die Verantwortlichen diese Signale auch hören.



ANNONCEN

gesucht

Pensionistin mit kleinem ruhigen Hund sucht günstige **Kleinwohnung** möglichst Erdgeschoß. Edeltrud Holzapfel, Körblergasse 82/2/15, 8010 Graz.

Seriöse und ruhige Frau sucht **Garconniere** in Graz. Miete bis 350 Euro. Bitte kein Makler. Tel. 0676-5727260.

Suche dringend **1-Zimmerwohnung** mit Dusche und WC (ohne Kaution) Tel. 0664-1204 900.

Alleinstehender Pensionist sucht **Wohnung** (Zimmer, Küche, Bad/WC), auch renovierungsbedürftig, Tel. 066426725.

Alleinstehende Frau sucht **Wohnung bis 50 m²**. Miete maximal 300 Euro, unbefristet. Tel. 0664/494 6027.

Suche liebe **nette Pensionistin** die ein sicheres Zuhause wünscht und eine gute Hausfrau ist und auch nur eine kleine Pension hat. Ich bin ein rüstiger Pensionist, kein Raucher und Trinker. Tel. 40 69 91.



Impressum: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz., Tel. 71 24 79, Fax 71 62 91 email: stadtblatt@kpoe-graz.at DVR: 0600008

SPRECHTAGE

des Zentralverbandes der Pensionisten Graz

Montag bis Freitag von 9.30 bis 13.30 Uhr
Do. 9.30 bis 17.00 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Tel. 71 24 80

Wir helfen und beraten bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag auf „einmalige Unterstützung“
- Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.

- Pensionsanträgen wie Alters-pension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen

Angebot

3-Zimmer-Paterre-Wohnung mit Loggia zirka 70m² in Kalsdorf zu **verkaufen**. VB € 110.000,- Tel. 03135/55720 oder 0650/23 60 289.

Nachmieter für kleines Cafehaus in der Nähe von der neuen Technischen Universität, 2 Räume und 3 Kellerräume –Vollbetrieb – ab sofort zu vergeben. Tel: 0699 / 122 55 971.

Entrümpelung und Entsorgungen werden zu günstigen Bedingungen erledigt. Anzurufen unter 0676/ 42 288 19, Herr Kütük.

Handwerklich versierter alleinstehender Herr, berufstätig (Werkstättenleiter) sucht **renovierungsbedürftige 2-Zimmer/Küche-Wohnung** in Graz. Tel 0664/45 36 979.



Red:Out! Steiermark: Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat im Cafe BARcelona, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28

GIHB: Grazer Initiative Hochhaus-Bewohner

Wohnen sie in Graz?

Sind Sie Eigentümer oder Mieter in einem Hochhaus?

Sie können sich erhebliche finanzielle Mehrbelastungen aufgrund der nachträglichen feuerpolizeilichen Vorschriften nicht leisten?

Dann sind Sie früher oder später auch betroffen und sollten sich daher für uns interessieren!

Wir laden zu einer Informationsveranstaltung am **Mittwoch den 21. September 2005 um 17 Uhr im Vortragssaal der Grazer Stadtwerke AG Graz**, Neutorgasse 38 Ecke Andreas Hofer Platz 14 (vis á vis vom Joaneum)

KONTAKTPERSON: Frau Moretti Wienerstraße 260/18, 8051 Graz, Tel. 0699/ 817 29 316, Email: office@gihb.at

Wir freuen uns auch über einen Unkostenbeitrag.

Bankverbindung: HYPO Steiermark Kontonummer: 20141347773 BLZ 56000

Roter Freitag



Fr., 26. August 2005
Thema: „Karl Marx“

Das Kapital: Die Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals; Der Umschlag des Kapitals; Vortragender: Dr. Oskar Freund

Fr, 2. September 2005
Computer Games

Mit dem Aufkommen der Computerspiele Anfang der 80er Jahre wurde behauptet, dass sie zu Isolation und Verlust Zwischenmenschlicher Beziehungen führen würden. Zum anderen besteht die Besorgnis, gewisse Spiele könnten die Gewaltbereitschaft steigern.

Ein Gast von **Rockstar Vienna** im Interview näher beleuchten.

Moderator: Patrick Mella-cher (HTL Kaindorf, KJÖ-Graz)

Fr, 9. September 2005
„Regionalwährungen – Styrrion ergänzt EURO“

Geld ist das Maß, in dem die meisten Konzepte der Wirtschaft formuliert werden. Wirtschaftswissenschaftler benutzen es so, wie Kaufleute das Kilogramm und Architekten das Meter. Doch selten stellen sie dessen Funktionsweise in Frage, oder untersuchen, warum es

Eine Veranstaltungsreihe der KPÖ Graz

Alle Veranstaltungen: Volkshaus – Karl-Drews-Club, Schützgasse 16/ Lagerg. 98a, 8020 Graz

Beginn: 16:30 Uhr
www.kpoe-graz.at

im Gegensatz zum Meter oder Kilogramm, nicht eine konstante Maßeinheit ist, sondern sich - mittlerweile fast täglich - im Wert ändert.

Vortragender: Dr. Volker Mastalier (Waldorfschule Graz)

Fr., 16. September 2005
„Entschleunigung – Abschied vom Turbokapitalismus“

Dr. Fritz Reheis Geld verdienen und Geld ausgeben, und Beides möglichst schnell, damit man in der Konkurrenz nicht zurückfällt – dieses Leben des modernen Menschen wird gern mit dem Leben des Hamsters im Hamsterrad verglichen. Als Menschen haben wir eine Möglichkeit, welche den Hamstern verschlossen ist: Wir können prüfen, ob wir das Rad nicht gemeinsam verlassen und so die rasende Fahrt in die globale Erschöpfung beenden können.

„...Fritz Reheis legt den Finger in die Wunde: der die Welt beherrschende, verwertende, alles beschleunigende Mensch wird im globalisierten Turbokapitalismus seine

Lebensgrundlagen auf absehbare Zeit zerstören, wenn es so weitergeht.“ (Mitteldeutscher Rundfunk, August 2004)

Vortragender: Dr. Fritz Reheis (Lehrbeauftragter an verschiedenen Hochschulen, Themenbereiche: Ethikunterricht, Sozialökonomie, Umwelterziehung, Gesundheitsförderung und Ökologie der Zeit)

Fr, 23. September 2005
„Wohnen: Ein Menschenrecht oder doch schon Luxus?“

Was macht das Wohnen teuer? Wo können MieterInnen sparen? Wie kann ich die Betriebskostena-brechnung kontrollieren? Was ist bei neuen Mietverträgen zu beachten?

Vortragender: Mag. iur. Alfred Strutzenberger (Büro Stadtrat Kaltenegger)

Fr, 30. September 2005
„Palästina nach Arafat“

Der Abzugsplan aus Gaza, die Ära Arafat im Rückblick und die US- Außenpolitik im Nahen Osten. Vortragender: Mag. jur. Andreas Sami Prauhart (ehemaliger Rechts- und Kommunikationsberater der PLO)

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 e-post: stadtblatt@kpoe-graz.at

Wie man was wird im Lande, ohne sich anzustrengen

Dazu braucht es nicht viel: einen Herrensitz in der Oststeiermark, eine unbedarfte Frau Landeshauptmann – am besten als Freundin, ein paar Wildtiere. Und schon fließen die Subventionsmillionen, wenn geht unkontrolliert.

Mit diesen Steuermillionen kann sich dann die adelige Herrschaft – auf Kosten der armen Bevölkerung – den Herrensitz entsprechend adaptieren, Lustgärten revitalisieren, und – damit es nicht gar so schnöde aussieht – betreibt man auch noch einen Tierpark, damit auch der „Pöbel“ sich an der Natur ergötzen kann. Es herrscht in unserem Land tiefster Feudalismus, wie zur Zeit der „Sonnenkönige“ (die Landesmutti liebt halt nur „Blaublütige, für das niedrige Volk hat sie wenig Verständnis).

Hurtig wird seit Jahren der Mammon verprasst. Im gleichen Zeitraum werden stetig Sozialleistungen gekürzt, die Anspruchsbestimmungen eingeengt, damit nur ja kein Cent zuviel der darbedenden Bevölkerung zu Gute kommt.

Und dann plaudert Frau LH Klasnic von einem aufstrebenden Land, in dem es allen gut geht, und dass sie weiter für unser Land arbeiten will. Ja wer soll das noch glauben nach unzähligen Pleiten und, als Tüpfelchen auf dem i, der „Causa Herberstein“? Hat sie Scheuklappen vor den Augen? Sieht sie nicht das immer größer werdende Heer der Arbeitslosen, der Sozialhilfeempfänger, der Mindestpensionisten in unserem Land?! Und welche Landesräte und leitende Beamte in der Landesregierung beraten sie? Denn sie „hat von diesen Dingen nichts gewusst“, wie sie mit eigenen Worten im Fernsehen kundgetan hat. Was hat diese Frau an der Spitze des Landes zu suchen?

Die einzige Alternative zu

diesem jahrelangen Chaos, zu diesem immer größer werdenden Sumpf kann nur lauten: „Ernest Kaltenegger“. Er ist der einzige Politiker im Lande der sich nicht mit überhöhten Pfründen bereichert, der im Gegenteil all jenen seine Hilfe zuteil werden lässt, die von der ÖVP-dominierten Landesregierung gnadenlos in die Armutsfalle getrieben werden.

Rosemarie Zink

Trümmer-Generation

Wir, die so genannte „Trümmer-Generation“ haben uns ja an so manchen Schabernack gewöhnt, aber was uns unser Herr Haider erneut zumutet, übertrifft selbst die Streiche der Schildbürger.

Da kündet er großspurig die € 300,- als Anerkennung für unseren Einsatz als „Schutt-Schaufler“ an, aber um seinen Platz an der vollen Schüssel nur ja nicht zu gefährden, glaubt er nämlich mit einem seiner Tricks es wieder einmal möglich zu machen, dass am Ende unterm Strich so wenig als möglich, wenn überhaupt, noch etwas zu finden sein wird, in dem er mit diesem Ansuchen einer Einmalzahlung eine merkwürdige Bedingung verbindet. So müssen zum Beispiel die Kinder der Antragstellerin vor 1951 geboren worden sein, weil genau diese Zeit die Geburtsschwachen Jahre waren und zweitens darf die Einkommensgrenze das Ausgleichslimit nicht übersteigen. Abgesehen davon, dass sowieso nicht mehr allzu viele dieser Altersgruppe am Leben sein werden reiht er noch die Mehrzahl davon als Menschen zweiter Klasse ein als hätten sie diese für uns alle so schreckliche Zeit auf Wolke sieben verbracht. Schlauer geht es wohl nicht mehr oder soll es auch noch lauten: „Ausbezahlt wird nur an 100-jährige in Begleitung ihrer Eltern?“.

Anna Holzapfel, 8020 Graz

Gastkommentar von Margit Picher, Obfrau Patchwork-Familien-Service, Verein für Elternteile & Familien im Wandel

Steuertöpfe als Selbstbedienungsläden, aber kein Geld für Familien?

Der überparteiliche Verein Patchwork-Familien-Service mit Sitz in Graz und Außenstelle in Pöllau hat seit seinem bald vierjährigen Bestehen insgesamt rund 500 Familien begleitet. Wir betreuen Paare in Scheidung, Alleinerziehende, Besuchsväter und Patchwork-Familien, sogenannte Stieffamilien und bieten psychologische, medizinische und juristische Beratungen, offene Treffen und Workshops an. Kürzlich stand unser Verein vor dem Aus, weil uns die Basisfinanzierung von 19.850 Euro vom Sozialressort des Landes Steiermark gestrichen wurde. Dass gespart werden sollte, wäre noch nachvollziehbar, aber dass die gesamte Basisfinanzierung abgewürgt wurde mit dem Argument, dass das Sozialressort für diese Zielgruppe (plötzlich) nicht (mehr) zuständig sei, halte ich für mehr als fragwürdig! Immerhin lebt ein Großteil der Alleinerziehenden unter der Armutsgrenze! Und das in Zeiten wie diesen: hohe Scheidungszahlen, steigende Arbeitslosigkeit, mehr Alleinerziehende, Besuchsväter und Patchwork-Familien. Diese Umstände verschärfen die Konflikte für die Betroffenen und insbesondere für deren Kinder!

Dieser politische Sparkurs an der falschen Stelle und unmenschliche Vorgangsweisen zeigen sehr deutlich, welche Prioritäten die heimischen Politiker der Großparteien setzen:

- Wahlwerbebudget von 2,5 Mill. Euro pro Großpartei für die Landtagswahlen
- 1,25 Millionen Euro Subventionen (2001+2003) haben SPÖ-nahe Vereine (Verein zur Förderung gesellschaftspolitischen Bewusstseins“ sowie „Verein steirisches Forum für Gesellschafts-, Gesundheits- und Sozialpolitik“ bekommen, ohne bisher die Verwendung nachzuweisen!
- Millionen an Subventionen für Familie Herberstein und an



Margit Picher

„hohe Tiere“

Dass es angeblich keine Gelder gäbe wird unter diesem Gesichtspunkt mehr als unglaublich! Parteipolitische Instrumentalisierung, bürokratische Schikanen, Subventionsabsagen und Kürzungen stehen bei vielen gemeinnützigen Vereinen an der Tagesordnung. Die Vereine werden beim unwürdigen Hürdenlauf um Subventionsvergaben zu Bittstellern degradiert. Obwohl diese ein wichtiger Garant für das Gemeinwohl sind werden sie gegeneinander ausgespielt! Kommentiert wurde diese Absage aus dem Büro LR Flecker mit der Aussage: „Sollen wir nun den Obdachlosen etwas wegnehmen?“

Nachdem sich sowohl das Sozialressort als auch das Familienressort des Landes Stmk. durch RessortUNzuständigkeiten auszeichnet, geht das Patchwork-Familien-Service neue Wege der Finanzierung und bietet Unternehmen eine frauen- und familienfreundliche Kooperationspartnerschaft an. Bisher konnten wir bereits drei steirische Unternehmen dafür gewinnen und sind davon überzeugt, dass es noch mehr werden!

Trotz dieses Lösungsweges dürfen die politisch Verantwortlichen nicht aus Ihrer Verantwortung entlassen werden, auch wenn sie sich nicht zuständig fühlen! Patchwork-Familien Service
Tel.: 0664/231 14 99, Mail: Patchwork@aon.at



Honky Tonk Ramblers

Robert Masser – git, voc + Johnny Suede - E-Piano + Hans Irsic – drums.

Neben groovigen Interpretationen traditioneller Bluesklassiker werden ausgewählte Boogie- und New Orleans Standards lebendig und einfühlend gespielt.



Lexn Buam

Pepi Rupprechter – Trompete, steirische Harmonika, Gesang + Erwin Rupprechter – Posaune, Gesang + Herbert Pirsterer – Harmonika, Gesang + Hans Sackl – Klarinette, Gesang + Sepp Nestler – Bariton. Fünf Musiker aus dem weststeirischen Stallhofen. In der typischen „Kern-Buam“-Besetzung spielen sie urige Volksmusik, natürlich ohne Verstärker, aber mit viel Gefühl fürs Feine.

zeebeezeebee

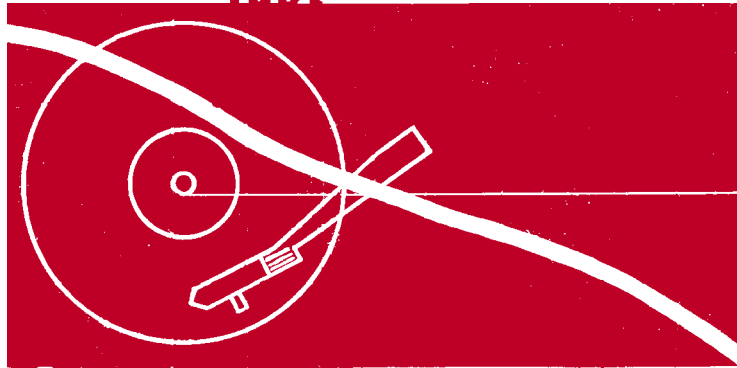
Gesang + Stefan Frommelt – keyb.



Die Musik der Sängerin und Songwriterin „zeebee“ entsteht durch ihre Zusammenarbeit mit Musikern aus der ganzen Welt. Mit ihrer

einzigartigen Stimme versetzt sie mühelos Melodiengänge und erobert und interpretiert jedes Genre der elektronischen und akustischen Musik auf ihre ganz eigene Art.

3.9. 2005 volkshaus fest



Volkshausfest Graz Samstag, 3. September 2005 ab 15.00 Uhr Volkshaus, Lagergasse 98a, Graz

Aufregend, bunt, laut, unverstärkt, modern, traditionell, verrückt, international, hypnotisch – so wird das Volkshausfest 2005 sein. Dafür garantiert ein gut eingespieltes Veranstaltungsteam und ein beachtliches Musikprogramm: Internationale Tanzmusik, und das wie immer bei freiem Eintritt!

Natürlich gibt es nachmittags neben dem Musikprogramm ein umfangreiches Kinderprogramm mit Spielwiese und Kindertheater.



Russkaja

Georgij Makazaria – Gesang + Titus Vadon – drums + Dimitri Miller – Bass, Gesang + Pavel Shalman – Geige, Gesang + H-G Gutternigg – Posaune + Ilse Riedler – Saxophon + Sebastian Adam – Gitarre, Gesang

Es ist ein Orkan, der ungebremst von Osten kommend auf einen zurasst: Russkaja, ein irres Ensemble mit Musikern aus Russland und Österreich. Hier wird Ska so russisch interpretiert, dass man glaubt, mit einer wockagefüllten Sputnikrakete durchs Weltall zu fliegen.



The Stagers

Wild Evel – Gesang + Lightning Iris – Orgel + Shaking Matthews – Gitarre + Los Fixos – Gitarre

Life is Rock'n'Roll. Mit harten Surfriffs, dreckigen R&B-Beats und groovigen Orgelsounds wird die Grundlage für schnelle und furios gesungene Nummern gelegt.



DJane Odessa

Eine musikalische Reise, die östlich unserer Landesgrenzen beginnt, turbulent und mit einem leichten Ziehen im Herzen. Ostwärts, dorthin, wo Trompeten die Beine in alles andere als in einen Gleichschritt bringen und Harmonika und Geige mit Lebenslust gegen Melancholie anspielen. Die Donau entlang, mit Abstechern in den Süden, bis an den Hafen am Schwarzen Meer.

Platz für Adressaufkleber

Wenn Sie das Grazer Stadtblatt regelmäßig – und kostenlos – zugesandt erhalten wollen, rufen Sie uns bitte unter
Tel. 71 24 79 an.
Fax: 71 62 91
post: 8020 Graz, Lagergasse 98a
elektropost: stadtblatt@kpoe-graz.at

Geben statt nehmen.
kaltenegger
KPO

Da weiß man, was man wählt. Liste 5 